

Die Südtiroler Volkspartei

1. Einleitung

Die Südtiroler Volkspartei ist unter den (ethno)regionalen Parteien Europas eine der erfolgreichsten Parteien, die im politischen System Südtirols seit 1945 eine hegemoniale Stellung einnimmt¹. In ihrem Selbstverständnis ist die SVP die Sammelpartei aller deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler. Sie vertritt somit nicht nur eine, sondern zwei ethnische Minderheiten. Sie ist eine ethnische catch-all-party, die sich heute in einem Transformationsprozess befindet: Von einer zuerst irredentistischen, dann autonomistischen zu einer national-föderalistische Partei mit zwischenzeitlich leicht indipendistischen Tendenzen; von einer akzentuiert ethnischen zu einer mehr regionalen Partei; von einer Massen- und Apparatspartei mit klassischen Artikulations- und Aktionsformen zu einer modernen Management- und Wählerpartei.

Von der Typologie her betrachtet fällt die SVP weniger in die Kategorie ethnoregionaler Parteien, sondern ähnelt weit stärker nicht-ethnischen, überregionalen-gesamtstaatlichen Parteien. Bei der SVP kommt dies unter anderem dadurch zum Ausdruck, dass sie nicht in europäischen Dachverbänden regionaler

* Literatur: ANGERER 2000; ATZ 1991; ATZ 2004; AUTONOME PROVINZ BOZEN 1999; AUTONOME PROVINZ BOZEN 2002; BAUR – GUGGENBERG – LARCHER 1998; DALVAI 1997; DAPUNT 2000; DENICOLÒ 1984; DE WINTER 1998; DE WINTER – TÜRSAN 1998; FRASNELLI 2000; FRASNELLI – GALLMETZER 1990; FUSARO 1995; GALLMETZER 1999; GATTERER 1962; GATTERER 1968; GRUBER 1971; HEISS 2002; HOLZER 1991a; HOLZER 1991b; HOLZER – SCHWEGLER 1998; LANDESINSTITUT FÜR STATISTIK 2001; LÜPHART 1977; LILL 1991b; MAIR 1998; MAYR 1998; MNÁRIK 1999; OBKIRCHER 1999; OTHMERDING 1984; PAHL 1977-1978; PALLAVER 1999; PALLAVER 2000b; PALLAVER 2001b; PALLAVER 2001c; PAN 1989; PANEBIANCO 1982; PIRAS 1998; REITERER 1998; SARTORI Giovanni 1976; SARTORI Giovanni 1982; SLEITER 2000; STEINER 1999; STEININGER 1999b; STUHLPFARRER 1985; SUMMERER 1999; ZELLER – BRUGGER 1996.

¹ Zur SVP vgl. vor allem HOLZER 1991, sowie HOLZER – SCHWEGLER 1998: 158-173.

Parteien organisiert ist, sondern ihren Bezugspunkt in internationalen Parteio-
rganisationen hat, wie in der «Europäischen Demokratischen Union» und in der
«Europäischen Volksparte», wo sie einen Beobachterstatus einnimmt.

2. Historische Entwicklung

Die SVP wurde am 8. Mai 1945 mehrheitlich von Vertretern des NS-Wi-
derstandes gegründet². Primäres Ziel der Partei war die Durchsetzung des
Selbstbestimmungsrechtes, in zweiter Linie das Erlangen einer Autonomie.
Schon bei ihrer Gründung erhob die Partei den Anspruch, Sammelpartei
des gesamten Südtiroler Volkes zu sein. Dieses ethnonationale und inter-
klassistische Modell reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück, als sich in Tirol die
nationale Mobilisierung verstärkte. Und wie 1945 war die Herausbildung
und Verfestigung der Bruchlinien im Tiroler Parteiensystem, vor allem aber
der Zusammenschluss der konservativen Parteien von einer im wesentlichen
defensiven nationalen (Italiener) und ideologischen (Arbeiterbewegung)
Strategie gekennzeichnet.

Das Modell einer (deutsch)nationalen Sammelbewegung, wie sie 1945 von
der SVP ins Leben gerufen worden ist, wurde vor dem Ersten Weltkrieg
1905 mit der Gründung des «Tiroler Volksbundes» realisiert. Sämtliche
deutschsprachigen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten arbei-
teten im Tiroler Volksbund zusammen und unterstützten sein Ziel einer
innernationalen Kolonisierung. Der politische Kitt über alle ideologischen
Widersprüche hinweg bildete der Deutschnationalismus. Auf diesem Modell
eines bürgerlich-nationalen Kartells baute nach der Annexion Südtirols an
Italien der «Deutsche Verband» auf, als sich im Oktober 1919 die Tiroler
Volkspartei und die Deutschfreiheitlichen zusammenschlossen. Der DV war
die Neuauflage der Zusammenarbeit aller deutschsprachigen Parteien mit
Ausnahme der Sozialdemokraten.

Die Kontinuitäten zwischen dem Deutschen Verband und der SVP waren
augenscheinlich. Führende Vertreter des Deutschen Verbandes waren 1945
maßgeblich an der Gründung der SVP beteiligt. Das Edelweiß als Parteizei-
chen des DV wurde von der SVP übernommen, der Name Volkspartei bezog
sich auf die ehemalige Tiroler Volkspartei. Die Organisationsstruktur der SVP
orientierte sich an jener der Tiroler Volkspartei, auch die enge personelle

Verflechtung zwischen Partei und Bauernbund wurde neu aufgelegt. Die Nähe der SVP zur Katholischen Kirche knüpfte dort an, wo diese während der NS-Herrschaft in Südtirol unterbrochen worden war.

1945 war die SVP die erste politische Partei, die in Südtirol gegründet wurde, was ihr einen Vorsprung an politischer Legitimation in der Bevölkerung und gegenüber den Alliierten sowie einen organisatorischen Vorsprung gegenüber später gegründeten Parteien verlieh. Als Honoratiorenpartei mit bürgerlich-städtischer Ausrichtung entstanden, gelang ihr sukzessive eine kapillare territoriale Penetration und gesellschaftliche Verankerung.

TAB. 1. Bevölkerungsentwicklung in Südtirol 1900-2001 nach Sprachgruppen (in %)

| Jahr | Italiener | Deutsche | Ladiner | Insgesamt | Andere |
|------|-----------|----------|---------|-----------|--------|
| 1900 | 4,0 | 88,8 | 4,0 | 100 | 3,2 |
| 1910 | 2,9 | 89,0 | 3,8 | 100 | 4,3 |
| 1921 | 10,6 | 75,9 | 3,9 | 100 | 9,6 |
| 1961 | 34,3 | 62,2 | 3,4 | 100 | 0,1 |
| 1971 | 33,3 | 62,9 | 3,7 | 100 | 0,1 |
| 1981 | 28,7 | 64,9 | 4,1 | 100 | 2,2 |
| 1991 | 27,65 | 67,99 | 4,36 | 100 | 4,0 |
| 2001 | 26,47 | 69,15 | 4,37 | 100 | 2,24 |

Quelle: LANDESINSTITUT FÜR STATISTIK 2001: 109 und Landesinstitut für Statistik information. Bozen, 2002, Nr. 17.

Nach der Wiedererrichtung der demokratischen Institutionen regierte die SVP im Landtag und im Regionalrat (dort mit einer kurzen Unterbrechung) mit der Democrazia cristiana. Trotz nationaler Gegensätze verband die beiden Parteien ihre katholische und antikommunistische Matrix. Die spätere Ausdehnung der Koalition auf den PSI widerspiegelte die gesamtstaatliche Entwicklung, wo seit 1963 der Centro-Sinistra an der Macht war. Seit 1993 regiert die SVP im Landtag mit den Parteien des Mitte-Links-Bündnisses des (späteren) Ulivo/Unione.

TAB. 2. Zusammensetzung der Südtiroler Landesregierungen 1948-2003

| 1948-1952 | 1952-1956 | 1956-1960 | 1960-1964 | 1964-1968 | 1968-1973 | 1973-1978 | 1978-1983 | 1984-1989 | 1989-1993 | 1993-1998 | 1998-2003 | 2003-2008 |
|------------------|-----------|-----------|-----------|-------------------|-----------|------------------|-------------------|------------------|------------------|----------------------|-----------------------------|--|
| SVP DC PRI | SVP DC | SVP DC | SVP DC | SVP DC PSDI | SVP DC | SVP DC PSI | SVP DC PSDI | SVP DC PSI | SVP DC PSI | SVP PPI PDS/DS | SVP DS PPI- Centro | SVP Pace e diritti Unione autono- mista |

Quelle: AUTONOME PROVINZ BOZEN 2002 und eigene Ergänzungen.

Politisches Hauptanliegen der SVP war die Realisierung der politischen und kulturellen Autonomie für die deutsch- und ladinischsprachige Minderheit in Südtirol. Das 1948 von Italien verabschiedete Autonomiestatut wurde aber von Rom kaum durchgeführt, sodass es in den 50er Jahren innerhalb der SVP zu Spannungen zwischen dem liberalen, DC-freundlichen und dem nationalen Flügel kam, der 1957 zu einem Elitenwechsel führte. Die städtisch-liberale Führungsspitze wurde durch eine konservativ-bäuerliche Gruppe ersetzt. Ihr Anführer Silvius Magnago, der das «Los von Trient» lanciert hatte, somit die Forderung nach einer eigenen, nicht regionalen Landesautonomie forderte, sollte zur charismatischen Führerpersönlichkeit der Partei schlechthin werden.

Nachdem der Fall Südtirol von Österreich vor die UNO gebracht (1960/61) und das politische Klima in Südtirol selbst durch Sprengstoffanschläge destabilisiert worden war, gelang es im Einvernehmen zwischen Rom, Wien und Bozen ein neues Autonomiestatut zu verabschieden (1972), das Südtirol eine weitgehende Gesetzgebungs- und Verwaltungsautonomie sowie ihre finanzielle Bedeckung einräumte. 1992 wurde der bei der UNO anhängige Streit als beendet erklärt. Mit der Machtverschiebung von der Region auf die Provinz hat sich auch das Machtzentrum von der Partei zur Landesregierung und insbesondere zum Landeshauptmann verschoben. Die Landesregierung wird vielfach als eine identitäre Einheit mit der Partei betrachtet. Das kommt auch in der Praxis zum Ausdruck. Partei- und Regierungskarrieren sind vielfach ineinander verzahnt, Machtpositionen in der Partei entsprechen vielfach Machtpositionen in der Landesregierung. Seit Beginn der 90er Jahre hat eine pragmatische, weniger ideologische Führungsriege die Parteiführung übernommen, einen innerparteilichen Modernisierungsprozess und eine weniger ethnisch betonte Politik eingeleitet. Politisches Management und politisches Marketing sind an die Stelle traditioneller Parteiarbeit getreten. Serviceleistungen, materielle Anreize und Karrierechancen überlagern immer mehr die traditionellen, ideologischen und ethnischen Parteiloyalitäten.

3. Parteiprogramm, Ziele und Politikfelder

Die SVP bezeichnet sich in ihrem Parteiprogramm von 1993 als

Sammelpartei der deutschen und ladinischen Südtiroler aller sozialen Schichten, die sich in demokratischem Verantwortungsbewusstsein zur

Freiheit, zum Volk und zur Heimat bekennen. Ihre politische Zielsetzung ist die Sicherung und Förderung der deutschen und ladinischen Volksgruppe sowie deren Festigung als Mehrheit in ihrer angestammten Heimat³.

Hinter der Sammelpartei-Formel steht die Ideologie der Volkstumspolitik. Dies bedeutet, dass nicht eine bestimmte Ideologie Grundlage der politischen Identität der SVP ist, sondern, wie es früher hieß, das «Volkstum», während heute eher von «Identität» gesprochen wird⁴.

Im Kampf um das Überleben der deutsch- und ladinischsprachigen Volksgruppe, die Absicherung und den Ausbau der Minderheitenrechte und der Autonomie war die SVP sehr erfolgreich. Südtirols Autonomie wird heute europaweit als Modell für einen besonders erfolgreichen Minderheitenschutz angepriesen. Die einst dominierte Minderheit ist heute zu einer dominanten Mehrheit in der Provinz Bozen aufgerückt.

Die Politik des «ethnischen Abwehrkampfes» und des Einsatzes für Minderheitenschutz und Autonomie beruht auf dem Modell der «Volksgemeinschaft» und auf dem Gegensatzpaar «wir» und die «anderen». Die «Ideologie der Volksgemeinschaft» sollte ausdrücken, dass die innerhalb der Volksgruppe bestehenden Interessensgegensätze dem höheren Ziel, nämlich dem Erhalt der Volksgruppe untergeordnet werden müssen und dass die Geschlossenheit der Volksgruppe Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik ist.

Diesem Druck der Geschlossenheit der Volksgruppe wurde der interne politische Pluralismus geopfert. Nach den Landtagswahlen von 1948 lösten sich die Südtiroler Sozialdemokraten, einzige deutschsprachige Partei neben der SVP, so gut wie auf. Ab diesem Zeitpunkt ist der Durchbruch bei der von allem Anfang an angestrebten ethnischen Identifizierung mit der politischen Identifizierung gelungen. In Ermangelung anderer Parteien, die die Interessen der Südtiroler glaubhaft vertraten, wurden Volksgruppe und Partei eins. An diesem Fetischismus der Einheit scheiterten bislang alle relevanten deutschen Oppositionsparteien, die aus Abspaltungen von der SVP hervorgegangen waren: Tiroler Heimatpartei (1964), Soziale Fortschrittspartei (1966), Sozialdemokratische Partei Südtirols (1972), Partei

³ Das neue Programm der Südtiroler Volkspartei. Beschlossen von der Landesversammlung am 8. Mai 1993.

⁴ Der Begriff «Volkstum» in all seinen Varianten ist erst seit den 80er Jahren mit dem Austausch der politischen «Kriegsgeneration» aus dem Sprachschatz der politischen Eliten verschwunden und ist durch andere, weniger belastete Begrifflichkeiten ersetzt worden, wie etwa durch «Identität».

der Unabhängigen/Freiheitliche Partei Südtirols (1972), Wahlverband des Heimatbundes/Union für Südtirol (1983), Die Freiheitlichen (1992).

Zur Aufrechterhaltung ihrer politischen Hegemonie setzt die SVP das Gegensatzpaar «wir» (deutsch) und die «anderen» (italienisch) gezielt ein, was sich in der Politik der ethnischen Spannung ausdrückt. Die SVP benötigt Feindbilder von außen für den inneren Zusammenhalt. Die ethnischen Spannungen sind die Klammer, die die Volkspartei zusammenhält. Ohne diese Klammer würde die SVP in eine Legitimationskrise als ethnische Sammelbewegung fallen.

Neben dem Charakter als ethnische Sammelpartei definiert sich die SVP auch ideologisch. Sie bekennt sich im Programm zum «christlich-humanistischen Menschen- und Gesellschaftsbild», anerkennt «volle Gewissens- und Religionsfreiheit» und bekämpft «alle links- und rechtsextremen Strömungen». Dieser explizite Hinweis auf die Konfession findet sich bereits im Parteiprogramm von 1947, wenn die SVP den «überlieferten katholischen Glauben als wertvollsten Bestand seines geistigen Lebens» bezeichnet, oder wenn 1964 die «christlichen Grundsätze» im Statut verankert werden. Auch 1993 wird das Programm als «nach christlichen Grundsätzen ausgerichtet» bezeichnet.

Obleich die SVP seit jeher in der Tradition christlich-demokratischer und konservativer Parteien steht⁵, ist sie als Sammelpartei «offen auch für Sozialdemokraten, die nicht den klassenkämpferischen Dogmatismus vertreten, sowie für die freiheitlichen Kräfte, welche die Werte der demokratischen Gesellschaftsordnung vertreten». Mit der Gründung der «Arbeitnehmer in der SVP» 1975 sollte dieser Grundsatz auch inhaltlich und organisatorisch umgesetzt werden. Allerdings orientierten sich die SVP-Arbeitnehmer eher an den christlichsozialen Arbeiterbewegungen, weniger an der Sozialdemokratie⁶. Erst 1993 glaubten die SVP-Arbeitnehmer die ausschließlich in Richtung CSU und CDU in Deutschland gepflegten Kontakte mit der formellen Gründung eines Freundeskreises zwischen SPD und Arbeitnehmern in der SVP ausgleichen zu müssen⁷.

Unabhängig von der Offenheit gegenüber Sozialdemokraten und Liberalen ist die SVP eine moderne, christlichsozial-konservative Partei, die gleich wie die DC unter Alcide De Gasperi nach links blickt. Darauf weist ihr Wahlbündnis 2001 und 2006 mit dem Mitte-Links-Bündnis Ulivo/Unione hin,

⁵ LILL 1991: 165-185.

⁶ DALVAI 1997: 50.

⁷ FRASNELLI 2000: 95ff.

ihre Opposition zur Regierung Berlusconi I (1994) und II (2001) und die Anerkennung, dass Südtirols Autonomie Ergebnis der Zusammenarbeit mit den italienischen Mitte-Links-Regierungen und der SVP war. Im Einsatz für Südtirols Autonomie werden auch die großen Verdienste des österreichischen Bundeskanzlers und Sozialisten Bruno Kreisky gewürdigt.

Die SVP bekennt sich weiters zur Sozialpartnerschaft und zur Subsidiarität und unterscheidet sich in den meisten Programmpunkten (Grundwerte, Gesellschaft, Kultur, Umwelt, Bildung, Familie, Frauen, Jugend, Senioren) kaum von anderen christdemokratischen Parteien. In der Wirtschaftspolitik bekennt sich die SVP zur «freien Marktwirtschaft mit klaren Rahmenbedingungen ökologischer, sozialer, gesellschaftlicher und ethno-politischer Natur». Im Wahlprogramm von 1998 und 2003 wird von «ökosozialer Marktwirtschaft» gesprochen. Im Arbeitsprogramm der von der SVP dominierten Landesregierung von 1999 wird festgehalten, dass bei einem Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie die Ökologie den Vorrang hat. In der Praxis sieht es sehr oft umgekehrt aus. Neben der Förderung der deutschen und ladinischen Sprachgruppe will sich die SVP für ein positives Miteinander mit der italienischen Sprachgruppe einsetzen, für die die SVP ebenfalls Verantwortung trägt, wie es im Wahlprogramm von 1998 heißt.

Nach Durchführung der Bestimmungen zum Autonomiestatut und nach Beendigung des Streites zwischen Italien und Österreich vor der UNO 1992, ist der SVP ihr zentrales Politikfeld, nämlich ihr Einsatz um die Autonomie zwar nicht abhanden gekommen, aber hat als zentrales issues der Südtirolpolitik anderen Fragen gegenüber Platz machen müssen.

An die Stelle des reinen Minderheitenschutzes ist in den 90er Jahren das Schlagwort der «dynamischen Autonomie» getreten, der Anpassung der Autonomie an die Entwicklungen auf nationaler und europäischer Ebene. In diesem Zusammenhang wird als mittelfristiges Ziel die Schaffung einer «Europaregion Tirol» angestrebt. Im Parteiprogramm von 1993 steht dazu: «Die SVP will kein Europa der Staaten, der Gleichmacherei und der Zentralbürokratie, sondern ein Europa der Regionen als überschaubare Einheiten». Die SVP setzt sich deshalb dafür ein, dass den Regionen

mehr Mitsprache bei den Entscheidungen der europäischen Zentralstellen sowie eine angemessene Vertretung eingeräumt wird.... Ein großes Ziel ist... die Bildung einer mehrsprachigen föderalistischen Europaregion Tirol im Rahmen des europäischen föderalistischen Systems.

In einem 2002 verabschiedeten «Grundsatzbeitrag der SVP zur Zukunft der Europäischen Union» wird betont, dass die SVP «am Weiterbau Europas

überzeugt und aktiv mitarbeiten und ihren Beitrag zur Verwirklichung der gemeinsamen europäischen Ziele und Ideale leisten» wird. Dabei wird auf den Minderheitenschutz, das Europa der Regionen, den Schutz des alpinen Lebensraums, die Förderung von kultureller Vielfalt und grenzüberschreitender Zusammenarbeit sowie auf Bürgernähe und Transparenz verwiesen. Die SVP richtet ihren politischen Blick nicht mehr vorwiegend nach Rom, sondern zunehmend mehr nach Brüssel.

4. Die SVP als hegemoniale Partei

Die SVP ist eine äußerst erfolgreiche Partei. Bei allen Landtagswahlen seit 1948 hat sie immer die absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten erzielt, seit 1948 stellt sie ununterbrochen den Landeshauptmann⁸.

TAB. 3. SVP Wahlergebnisse (in %) bei den Landtagswahlen 1948-2003

| | | | | | | | | | | | | |
|------|------|------|------|-------|-------|-------|------|-------|-------|------|------|------|
| 1948 | 1952 | 1956 | 1960 | 1964 | 1968 | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 | 2003 |
| 67,6 | 64,7 | 64,4 | 63,8 | 61,27 | 60,69 | 56,42 | 61,2 | 59,44 | 60,38 | 52,0 | 56,6 | 55,6 |

Quelle: AUTONOME PROVINZ BOZEN 2002; *Dolomiten*. Bozen, 28. Oktober 2003: 1.

Obleich die SVP landesweit überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielt, liegen ihre Hochburgen in den am meisten agrarisch strukturierten Gemeinden. In diesen erzielte sie bis 1973 stets über 90% der Stimmen. Einen merklichen Bruch gab es erst bei den Landtagswahlen von 1993, als die SVP wegen der starken Konkurrenz von rechts (Union für Südtirol, Die Freiheitlichen) deutliche Stimmenverluste hinnehmen musste und in den Agrargemeinden nur mehr 70% der Stimmen erzielte. 1993 fuhr die SVP mit 52% auch ihr schlechtestes Landtagswahl-Ergebnis ein. Ihre Verluste mit über 14% fielen in den Agrargemeinden deutlich höher aus als in den Industrie- und Dienstleistungsgemeinden. Von diesem Rückgang in den Agrargemeinden konnte sich die SVP bei den darauffolgenden Wahlen im Jahre 1998 nur geringfügig erholen. In diesen Gemeinden fielen die Gewinne niedriger aus als in den Industrie- und Dienstleistungsgemeinden. Im Zeitraum von 1948 bis 1998 hat die SVP in den Agrargemeinden um 17,86% und in den Dienstleistungsgemeinden um 9,41% an Wähler/innen/konsens verloren, dafür in den Industriegemeinden um 28,27%

⁸ Karl Erckert (1948-1956), Alois Pupp (1956-1960), Silvius Magnago (1960-1989), Luis Durnwalder (seit 1989).

dazugewonnen⁹. Dieser Trend ist bei den Landtagswahlen von 2003 noch verstärkt worden.

Nach Sartoris Klassifizierung der Parteiensysteme kann die SVP als eine prädominante Partei bezeichnet werden. Darunter versteht Sartori eine Partei, die über mehrere Legislaturperioden hinweg bei demokratischen Wahlen die absolute Mehrheit an Sitzen erzielt¹⁰, wie dies bei der SVP der Fall ist. Laut Parteistatut vertritt die SVP die Interessen der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler, nicht jene der Italiener. Diese Einschränkung auf die deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler weist auf das zentrale ethnische cleavage im Parteiensystem Südtirols hin. Dies bedeutet, daß es ethnisch abgegrenzte politische Arenen gibt und dass die SVP und mit ihr alle anderen deutschsprachigen Parteien nicht in Wettbewerb zu italienischsprachigen Parteien treten. Deshalb kann in Südtirol von zwei bzw. drei nach ethnischen Grundsätzen getrennten politischen Arenen gesprochen werden.

Von den Grünen als relativ junge Bewegung/Partei einmal abgesehen, die von ihrem Selbstverständnis, von ihrer Politik und von ihrer Wählerstruktur her als eine interethnische Bewegung/Partei zu bezeichnen ist, durchzieht dieses ethnische cleavage sämtliche elektorale Arenen.

Ethnische Loyalitäten sind in Südtirol gegenüber anderen Bindungen tiefer verankert. Das hat seit jeher zu einer extremen Reduktion des Wettbewerbs der Parteien um Wählerstimmen über ethnische Grenzen hinweg geführt. Der Anteil «ethnischer Wechselwähler» ist nach wie vor relativ gering. Diese ethnische Grenzziehung drückt sich in den überwiegend monoethnischen Kandidatenlisten aus wie auch – mit Ausnahmen – in der einsprachigen Partei- und Wahlpropaganda. Unter diesen Rahmenbedingungen könnte man die Wettbewerbssituation im Südtiroler Parteiensystem als «segmentierten Wettbewerb» bezeichnen. Dies bedeutet, dass es zwar zu einem intraethnischen Wettbewerb kommt, also innerhalb der einzelnen ethnischen Arenen, nicht aber zu einem interethnischen Wettbewerb. Man könnte daher etwas überspitzt auch von einer «Opposition ohne Wettbewerb» sprechen¹¹. Der Grund dafür liegt darin, dass sich die deutsch- und italienischsprachigen Parteien entlang der ethnischen Konfliktlinie zwar oppositionell gegenüberstehen, sich ihre potentielle Wählerbasis aber kaum

⁹ SUMMERER 1999: 124.

¹⁰ SARTORI Giovanni 1976 und SARTORI Giovanni 1982.

¹¹ HOLZER 1991: 136.

überschneidet. Wenn wir die Faktoren Opposition und Wettbewerb in Relation zueinander setzen, so ergibt sich folgendes Bild:

Tab. 4. Opposition und Wettbewerb

| | | | | |
|-----------------------|------------------------------------|------------|--------------------|------------|
| SVP | Deutschsprachige Opposition | Opposition | und | Wettbewerb |
| SVP | Interethnische Parteien/Bewegungen | Opposition | und | Wettbewerb |
| SVP/dt. Parteien | Italienische Parteien | Opposition | ohne ¹² | Wettbewerb |
| Italienische Parteien | Italienische Parteien | Opposition | und | Wettbewerb |
| Italienische Parteien | Interethnische Parteien/Bewegungen | Opposition | und | Wettbewerb |

Quelle: HOLZER 1991: 136.

Wenn wir Südtirols Parteien nach ethnischen Kategorien einordnen, so können wir feststellen, dass die SVP über viele Jahre hinweg als einzige «deutschsprachige» Partei im Landtag vertreten war. In den zwölf Legislaturperioden von 1948 bis 2003 war die SVP fünf Mal als einzige deutschsprachige Partei im Landtag vertreten. Von 1948 bis 1960 hatte sie den politischen Alleinvertretungsanspruch der deutsch- und mit Einschränkung der ladinischsprachigen Bevölkerung. Erstmals bei den Landtagswahlen von 1964 trat eine deutschsprachige Konkurrenz, die Tiroler Heimatpartei, in die politische Arena (2,40%). Sämtliche deutschsprachige Oppositionsparteien, die bis heute im Landtag vertreten waren, haben in Summe nie mehr als 12% der Stimmen auf sich vereinen können (2003: Die Freiheitlichen 5%, Union für Südtirol 6,8%). Zählt man zu diesen ethnischen Parteien noch die deutschsprachigen Wähler und WählerInnen der Grünen hinzu, und noch etwa weitere 2% «andere» (PDS, DPS usw.), so kommt man (2003) auf etwa 18%. Bis vor den Landtagswahlen im Jahr 1993 lag dieser Prozentsatz immer unter 10%. Dies bedeutet, dass die SVP heute im Landesparlament gut 80% der deutschsprachigen Bevölkerung vertritt.

Unter diesen Aspekten kann die SVP nicht nur als prädominante Partei eingestuft werden, sondern als hegemoniale Partei in einem demokratischen System (im Gegensatz zu einem politischen System ohne demokratischen Wettbewerb)¹³. Die SVP sieht sich seit Jahren mit einem ethnischen Dissens von etwa 10% konfrontiert. Dieser Sockeldissens hat auf die Mehrheitsverhältnisse im Landtag keinen Einfluss, wohl aber auf den Alleinvertretungsanspruch der deutsch- und

¹² In den letzten Jahren gewinnt die SVP einen gewissen Zulauf aus dem italienischen Lager, während dies umgekehrt nicht der Fall ist. Langfristig scheint das Gegensatzpaar «Opposition ohne Wettbewerb» zu erodieren.

¹³ SARTORI 1982: 70.

TAB. 5. Mandatsverteilung nach Sprachgruppen im Südtiroler Landtag – 2003 und 1998 (35 Abgeordnete)

| | Deutsch 2003 | Ladinisch 2003 | Italienisch 2003 | Deutsch 1998 | Ladinisch 1998 | Italienisch 1998 | Änderung 2003-1998 |
|-------------------------------|-----------------|-------------------|---------------------|-----------------|-------------------|---------------------|-----------------------|
| <i>Südtiroler Volkspartei</i> | 20 | 1 | | 21 | | | |
| <i>Alleanza nazionale</i> | | | 3 | | | 3 | |
| <i>Grüne/Verdi-DPS</i> | 3 | | | 1 | | 1 | +1 |
| <i>Union für Südtirol</i> | 2 | | | 2 | | | |
| <i>Die Freiheitlichen</i> | 2 | | | 1 | | | +1 |
| <i>Pace e diritti</i> | | | 1 | | | 1 | |
| <i>Unione autonomista</i> | | | 1 | | | 2* | -1 |
| <i>Forza Italia</i> | | | 1 | | | 1 | |
| <i>Unitalia</i> | | | 1 | | | 1 | |
| <i>Ladins</i> | | | | | 1 | | -1 |
| <i>Alternativa rosa</i> | | | | | | | |
| <i>Comunisti italiani</i> | | | | | | | |
| <i>Lega Nord</i> | | | | | | | |
| <i>Insgesamt</i> | 7 | 1 | 4 | 4 | 1 | 5 | |
| % | 77,1 | 2,9 | 20,0 | 71,4 | 2,9 | 25,7 | |
| Proporz laut Volkszählung | 69,2 | 4,4 | 26,5 | 68,0 | 4,4 | 27,6 | |

Quelle: ATZ 2004: 203.

* Von den unter *Unione Autonomista* angeführten Abgeordneten gehörte einer der Liste «Popolari-Alto Adige Domani», der andere der Liste «Il Centro-UDA» an.

ladinischen Volksgruppe und auf den damit verbundenen Fetischismus der Einheit. Trotz ihrer absoluten Mehrheit an Stimmen und Mandaten im Landtag kann die SVP nicht allein regieren, da im Autonomiestatut ein interethnisches Korrektiv verankert ist. Dieses sieht vor, dass in der Landesregierung die Sprachgruppen im Verhältnis zu ihrer Stärke im Landtag vertreten sein müssen. Für die Ladiner als kleinste Sprachgruppe besteht eine besondere Regelung. Ihre Vertretung im Landtag muss garantiert sein. Dieses interethnische Korrektiv ist Ausfluss des Prinzips der Inklusion der Sprachgruppen, des *power sharing*, wie dies auch in einer Reihe von anderen Normen zum Ausdruck kommt. Trotz ethnischer Trennung werden die Sprachgruppen kraft Landesverfassung gezwungen, miteinander zu kooperieren. Hier liegt die institutionelle Klammer des ethnisch getrennten Parteiensystems. Dieses Prinzip der Inklusion entspricht den Determinanten der «consociational democracy»¹⁴.

¹⁴ LJPHART 1977: 25ff. Die ladinische Sprachgruppe benötigt für eine solche Vertretung zwei Landtagsabgeordnete, oder sie kann kooptiert werden.

5. Das ethnische Monopol der «Vertretung nach außen»

Die SVP kann das historische Verdienst in Anspruch nehmen, zuerst das I. Autonomiestatut (1948), dann mit dem Paket (1969) das II. Autonomiestatut (1972) verwirklicht zu haben¹⁵. Zwar müsste die SVP diesen Erfolg mit anderen teilen, mit Österreich als Schutzmacht, mit Teilen der Regierungsparteien Italiens, mit Vertretern der regionalen Regierungspartner und Teilen der Linksoption. Aber im kollektiven Gedächtnis der Südtiroler waren es weder Wien noch Rom, sondern es war die SVP, die sich im jahrelangen Einsatz erfolgreich für die Verwirklichung der Autonomie durchgesetzt hat. Dieses Image einer erfolgreichen Kämpferin für die Sache Südtirol beruht unter anderem auf dem Vertretungsmonopol nach außen. Die SVP hat dieses Monopol seit jeher sowohl gegenüber Rom als auch gegenüber Wien, etwas weniger im europäischen Parlament aufrechterhalten können.

Was die Wahlen zum römischen Parlament betrifft, so erfolgten diese bis einschließlich 1992 nach dem Verhältniswahlssystem. Für die Kammerwahl bildete ganz Südtirol einen einzigen Wahlkreis. Für die Senatswahl war das Land bis 1992 in zwei Wahlkreise aufgeteilt. Ab 1994 wurde nach einem kombinierten Wahlsystem gewählt (75% Majorz, 25% Proporz), 2006 nach

TAB. 6. Parlamentswahlen 1948-1992: Kammer

| Partei | 1948 | 1953 | 1958 | 1963 | 1968 | 1972 | 1976 | 1979 | 1983 | 1987 | 1992 |
|--|------------------|------|------|------|-------------------|------|------|------|------|------------------|------------------|
| SVP | 62,7 | 60,1 | 60,1 | 56,6 | 58,5 | 59,0 | 59,6 | 62,9 | 59,6 | 58,3 | 57,3 |
| DC | 21,8 | 17,6 | 16,9 | 16,5 | 14,4 | 16,4 | 13,2 | 11,9 | 11,5 | 8,4 | 7,4 |
| PSI | 5,9 ¹ | 5,84 | 6,2 | 8,2 | 8,76 ³ | 5,1 | 5,5 | 4,3 | 4,3 | 6,0 | 4,4 |
| PCI/PDS | — | 4,7 | 4,1 | 5,1 | 5,3 | 5,7 | 6,8 | 8,4 | 8,0 | 4,6 | 3,3 |
| MSI | 1,9 ² | 4,64 | 5,5 | 4,6 | 4,1 | 4,5 | 2,6 | 2,5 | 3,4 | 10,2 | 6,6 |
| PSDI | — | 3,19 | 3,3 | 4,5 | — | 3,5 | 1,6 | 1,8 | 1,3 | 0,5 | 1,0 |
| PLI | — | 0,53 | 1,2 | 2,8 | 3,5 | 2,1 | 0,7 | 0,9 | 0,9 | 0,5 | 1,0 |
| PRI | — | 0,33 | 0,3 | 0,3 | 0,7 | 1,4 | 1,8 | 1,4 | 2,8 | 1,1 | 0,9 |
| P. Radicale | — | — | — | — | — | — | 1,0 | — | 1,9 | 1,1 | 0,9 |
| Nuova Sinistra Neue Linke Verdi Grüne/Verc | — | — | — | — | — | — | — | 1,1 | — | 4,1 ⁴ | 6,6 ⁴ |
| Süd-Tirol/WdU | — | — | — | — | — | — | — | — | 4,2 | 3,5 | — |
| Lega Nord | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3,6 |

¹ Fronte Popolare/Volksfront; ² Blocco nazionale; ³ PSU (PSI+PSDI); ⁴ Verdi/Grüne

¹⁵ Nach substantiellen Änderungen im Jahr 2001 spricht man heute bereits vom III. Autonomiestatut.

TAB. 7. Parlamentswahlen 1994-2006: Kammer (Verhältniswahlsystem) (%)

| Partei | 1994 | 1996 | 2001 | 2006 |
|--|------|------|------|------|
| SVP | 60,1 | | 60,5 | 53,4 |
| Ulivo | | | | 10,8 |
| SVP/Popolari | | 28 | | |
| Partito popolare italiano | 2,5 | | | |
| Alleanza nazionale | 11 | 13,8 | 10,3 | 6,9 |
| Aggregazione democratica autonomistica | 3,9 | | | |
| Forza Italia | 8,6 | 9,1 | 7,5 | 9,7 |
| Grüne/Verdi | 5,1 | 5,4 | | 5,4 |
| Die Freiheitlichen | | | | 5,4 |
| PDS/DS | 3,4 | 5,2 | 3 | |
| Lega Nord | 2,4 | 4,3 | 0,6 | 0,9 |
| Rifondazione comunista | 1,1 | 2,2 | 1,5 | 1,5 |
| Naturgesetzpartei | 0,8 | 2,5 | | |
| Unione dei democratici cristiani e democratici di centro (UDC) | | | | 1,7 |
| Rosa nel pugno-Laici socialisti liberali radicali | | | | 1,3 |
| La Rete | 0,5 | | | |
| Union für Südtirol | | 19,3 | | |
| Lista Dini | | 8,7 | | |
| CCD/CDU | | 1,6 | 0,4 | |
| Margherita | | | 6,5 | |
| Girasole (Verdi+SDI) | | | 5,5 | |
| Italia dei Valori (Di Pietro) | | | 2,2 | 1,1 |
| Lista Pannella/Bonino | | | 1,3 | |
| Partito dei comunisti italiani | | | 0,3 | 0,7 |
| Movimento sociale fiamma tricolore | | | | 0,5 |
| Partiti pensionati | | | | 0,4 |
| Democrazia europea | | | 0,2 | |
| Alternativa sociale con Alessandra Mussolini | | | | 0,2 |
| Democrazia cristiana e Partito socialista nuovo PSI | | | | 0,2 |
| Popolari UDEUR | | | | 0,1 |

Quelle: PALLAVER 2004: 107.

TAB. 8. Parlamentswahlen 1948-2006: Südtiroler ParlamentarierInnen 1948-2006

| Jahr | 1948 | | 1953 | | 1958 | | 1963 | | 1968 | | 1972 | | 1976 | | 1979 | | 1983 | | 1987 | | 1992 | | 1994 | | 1996 | | 2001 | | 2006 | | | |
|-------------|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|---|---|
| | K | S | K | S | K | S | K | S | K | S | K | S | K | S | K | S | K | S | K | S | K | S | K | S | K | S | K | S | K | S | | |
| SVP | 3 | 2 | 3 | 2 | 3 | 2 | 3 | 2 | 3 | 2 | 3 | 2 | 3 | 2 | 3 | 2 | 3 | 2 | 3 | 2 | 3 | 2 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 2 | 3 | 2 |
| DC | 1 | | 1 | | 1 | 1 | 1 | 1 | | | 1 | 1 | | | | | | | 1 | | | | | | | | | | | | | |
| MSI-AN | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | 1 | | | | 1 | | 1 | 1 | 1 | | | |
| Grüne-Verdi | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | 1 | | | | | | | | | | | |
| PDS-DL | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | 1 | | | | | | | | | | |
| FI | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | 1 | | 1 | | | | |
| SVP-Ulivo | | | | | | | | | | | | | | | 1 | 1 | | | | | | | | | | | | | 1 | 1 | | |
| SVP-Patt | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | 1 | | | |

Quelle: Zusammengestellt aus Daten in AUTONOME PROVINZ BOZEN 2002 und eigene Ergänzungen.
Abkürzungen: K: Kammer, S: Senat

einem Verhältniswahlssystem mit Mehrheitsprämie und Sperrklauseln. Die Parlamentswahlen von 1994, 1996 und 2001 erfolgten nach dem reformierten italienischen Wahlsystem¹⁶: Drei Viertel der Mandate in der Kammer und im Senat werden in Einer-Wahlkreisen nach dem relativen Mehrheitswahlssystem vergeben. Das restliche Viertel der Senatsmandate wird nach dem Verhältniswahlssystem auf regionaler Basis vergeben¹⁷. Die Wahl zur Abgeordnetenversammlung erfolgt über zwei getrennten Wahlgänge, einmal für die Mehrheitswahl im Wahlkreis und einmal für die Verhältniswahl. Das restliche Viertel der Kammermandate wurde nach dem Verhältniswahlprinzip auf gesamtstaatlicher Grundlage bei einer Einteilung des Territoriums in 26 Wahlbezirke ermittelt, wobei hier eine Sperrklausel von 4% der Stimmen auf nationaler Ebene galt. 2006 ist wieder das Verhältniswahlssystem (mit Mehrheitsprämie und Sperrklauseln) eingeführt worden.

Die SVP war in allen 14 Legislaturen des italienischen Parlaments in Rom vertreten, sowohl in der Kammer als auch im Senat. In allen 14 Legislaturperioden war sie auch die einzige deutschsprachige Partei, die Südtirol im Parlament vertrat. In vier Legislaturperioden stellte sie die einzigen Vertreter Südtirols, im Senat war dies für 7 Legislaturen der Fall, in weiteren 6 Fällen war ein Vertreter der DC, SVP-Koalitionspartner auf Landesebene, im Parlament

¹⁶ FUSARO 1995.

¹⁷ Die Stimmen der Sieger im jeweiligen Wahlkreis werden nicht in die Gesamtsumme der Stimmen aller regionalen Wahlkreise der jeweiligen Partei oder Allianz eingerechnet.

vertreten. Viermal konnte der MSI/AN seine Kandidaten nach Rom entsenden, ein Vertreter gehört den Grünen und zwei Forza Italia an. Aber all diese Parlamentarier gehören der italienischen Sprachgruppe an. Die klare Aufteilung der politischen Arena wird nur bei den Grünen durchbrochen, deren Kandidat auch von den deutschsprachigen Stimmberechtigten gewählt wurde.

Obleich die SVP ein hohes Koalitionspotential besitzt, hat sie in der Ersten Republik auf Grund ihrer geringen numerischen Präsenz im Parlament nur einmal Zünglein an der Waage gespielt, als ihre Stimmen ausschlaggebend waren für die Regierung Andreotti II (26. Juni 1972-12. Juni 1973)¹⁸. Seit 1994 hat sich das politische Gewicht der SVP in Rom vergrößert. Bei den Vertrauensabstimmungen über die einzelnen Regierungen seit 1948 bis 2001 überwiegen ihre Ja-Stimmen im Vergleich zu den Nein – Stimmen. Die SVP hat ihre marginale politische Stellung in der Regel meist maximal ausgenützt, die in der flexiblen Strategie des «Vertrauensvorschlusses» zum Ausdruck kommt, den sie den Regierungen anlässlich der Vertrauensdebatten sehr oft gibt. Tendenziell hat die SVP immer die Regierungen der Mitte und der Linken Mitte unterstützt. 2001 ist die SVP ein erfolgreiches Wahlbündnis mit dem Ulivo eingegangen. 2006 mit der Unione.

TAB. 9. Wahlen zum Europäischen Parlament, Wahlergebnisse in Südtirol und Südtiroler Vertreter 1979-2004 (in %)

| Jahr | 1979 | 1984 | 1989 | 1994 | 1999 | 2004 |
|-------------|-----------|----------|----------|-----------|----------|----------|
| SVP | 62,09 (1) | 63,1 (1) | 53,0 (1) | 56,84 (1) | 56,0 (1) | 46,7 (1) |
| PCI/KPI | 7,39 (1) | | | | | |
| Grüne/Verdi | | | 7,2 (1) | 8,93 (1) | 6,7 (1) | 13,1(1) |
| MSI-AN | | | 7,1 (1) | | | |

Quellen: Zusammengestellt aus Daten im AUTONOME PROVINZ BOZEN 2002 und eigene Ergänzungen.

Was der SVP im Verhältnis mit Rom und Wien gelungen ist, ist auf der Ebene des Europäischen Parlaments in den letzten Jahren durchbrochen worden. Bei fünf EU-Direktwahlen war die SVP nur in den beiden ersten Legislaturperioden die einzige Vertreterin Südtirols im EU-Parlament, ab 1989 wurden auch andere deutschsprachige Kandidaten aus Südtirol ins EU-Parlament entsandt. Es handelt sich dabei seit 1989 um Exponenten der Südtiroler Grünen¹⁹.

¹⁸ SLEITER 2000: 125.

¹⁹ Alexander Langer (1989-1995), Reinhold Messner (1999-2004: parteilos) und Sepp Kußbatscher (seit 2004). Die Vertreter der SVP sind: Joachim Dalsass (1979-1994) und Michl Ebner (seit 1994). Anselmo Gouthier vertrat 1979 die KPI/PCI.

Diese exklusive Präsenz der SVP in den Außenbeziehungen des Landes wird weiters in einer ganzen Reihe anderer Institutionen sichtbar. Dies gilt etwa für die Regionenkammer der EU bis hin zu Minderheitenorganisationen auf europäischer Ebene, allen voran der FUEV, der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen.

6. Die SVP und das ethnische Wahlverhalten

Eine Reihe von Umfragedaten bestätigen weitgehend die ethnische Aufspaltung der Südtiroler Wählerschaft²⁰. Die umfangreichsten Daten stammen aus dem Jahr 1993 und beziehen sich auf die Landtagswahlen im November jenes Jahres. Betrachtet man nun die Wählerschaft der SVP, so ist diese zwar zu 97% deutsch und ladinisch, was ihre Kategorisierung als ethnische Partei außer Zweifel stellt, der Anteil von 3% italienischsprachigen Wählern muss jedoch als überraschend hoch gewertet werden. Hochgerechnet auf die rund 160.000 Wählerstimmen, welche die Partei bei der Landtagswahl 1993 tatsächlich erreicht hat, würde das fast 5.000 Stimmen entsprechen. Für diese These spricht das Ergebnis einer im Anschluss an die Landtagswahl 1998 durchgeführten Nachwahlbefragung, die sogar von 7.000 italienischen Stimmen für die SVP spricht²¹.

Eine weitere Bestätigung der ethnischen Trennung im Südtiroler Parteiensystem ergibt sich bei einer Aufteilung der deutschen und ladindischen WählerInnen nach ihrer Parteienpräferenz. Dabei zeigt sich, dass es neben der stark dominierenden SVP etwa zu gleichen Teilen die deutschsprachige Opposition (Union, Freiheitliche) bzw. die Ladins einerseits und die Grünen andererseits sind, die für deutsche oder ladindische Wähler attraktiv sind. Mit Ausnahme des Sonderergebnisses der Lega Nord im Juni 1993 (ein Höhenflug von nur wenige Wochen), umfasst die Anhängerschaft aller anderen Parteien unter den deutschen und ladindischen WählerInnen nie mehr als 6%, meist sogar noch viel weniger.

Am soeben gezeichneten Bild ändert sich praktisch nichts, wenn nur die deutsche Sprachgruppe betrachtet wird. Auch die Daten vom August 2003 bestätigen diese Wählerstruktur.

Zusammenfassend lässt sich somit feststellen, dass rund 80% der deutschen

²⁰ Wegen der geringen Fallzahlen sind die Ergebnisse für kleinere Parteien mit der nötigen Vorsicht zu interpretieren.

²¹ «Landtagswahl '98 /Wählerstromanalyse – SVP: 7.000 italienische Stimmen». *Dolomiten*. Bozen, 26. November 1998: 9.

TAB. 10. Ergebnisse der «Sonntagsfrage» in Bezug auf die Landtagswahl bei verschiedenen Umfragen (Grundgesamtheit: Wahlberechtigte der deutschen und ladindischen Sprachgruppe in Südtirol)

| WAHLABSICHT | Juni 1993 | September- November 1993 | November 1996 | Oktober 1997 | Oktober 1998 | August 2003 |
|---------------------------|-----------|-----------------------------|---------------|--------------|--------------|-------------|
| SVP | 55 | 45 | 60 | 48 | 47 | 51 |
| <i>Die Freiheitlichen</i> | 1 | 2 | 1 | 3 | 3 | 4 |
| <i>Union für Südtirol</i> | 3 | 3 | 3 | 3 | 4 | 7 |
| <i>Die Grünen</i> | 5 | 5 | 6 | 5 | 5 | 7 |
| Lega Nord | 9 | 1 | 1 | 0 | 0 | – |
| <i>Ladins</i> | – | 1 | 1 | 1 | 1 | 3 |
| anderen Parteien | 2 | 2 | 5 | 2 | 2 | 2 |
| Keine | 2 | 4 | 5 | 2 | – | 3 |
| weiß nicht | 17 | 33 | 14 | 23 | 8 | 20 |
| Verweigert | 5 | 5 | 5 | 14 | 27 | 3 |
| INSGESAMT | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| BEFRAGTE | 260 | 827 | 400 | 280 | 500 | 500 |

Quelle: Apollis-Sozialforschung und Demoskopie. Bozen, 1993, 1996, 1997; Wien: Gallup Institut; Bozen: Atesia, 1998; Dolomiten. Bozen, 22. August 2003: 9.

und ladinischen Wählerschaft die SVP wählt. Das restliche Fünftel verteilt sich zu etwa gleichen Teilen auf die deutschen und ladinischen Oppositionsparteien einerseits, auf die Grünen und andere (italienische) Parteien andererseits.

Da die SVP einen hohen Anteil der deutschen und ladindischen Wahlberechtigten mobilisiert, ist damit zu rechnen, dass sie in allen soziodemographischen Schichten gut vertreten ist. Dennoch gibt es einige aufschlussreiche Unterschiede. Demnach liegt das Wählerpotential – bezogen auf die Daten des Jahres 1993 – vor allem bei Personen über 45 Jahren sowie bei Personen mit Pflichtschulabschluss (mit oder ohne Lehre). Je höher die Bildung der Befragten, desto weniger fühlen sie sich von der SVP angezogen. Demzufolge ist es vor allem die deutsche und ladindische Bevölkerung auf dem Land, die sehr stark mit der Volkspartei verbunden ist.

Unter den Berufsgruppen tendieren vor allem die Landwirte und die Hausfrauen sehr stark zur SVP, sehr niedrig ist die Anhängerschaft dagegen unter StudentInnen, aber auch unter Angestellten liegt sie unter dem Durchschnitt.

Das beabsichtigte Wahlverhalten erweist sich wiederum als stark altersabhängig: in der Generation unter 35 sind sich nur etwa 50% der Befragten

sicher, dass sie bei Landtagswahlen am kommenden Sonntag die SVP wählen würden, in der Generation ab 55 Jahre liegt der entsprechende Anteil bei 80%. Ähnlich, wenn auch weniger stark ausgeprägt, steht es um die Bereitschaft, eine deutsche oder ladinische Oppositionspartei zu wählen, die mit dem Alter eher zunimmt. Der höchste Anteil an WählerInnen ethnischer Oppositionsparteien (27%) findet sich übrigens unter ladinischen Befragten, was zu jenem Zeitpunkt offensichtlich mit der Verankerung der «Ladins» in dieser Sprachgruppe zusammenhängt.

Neben dem Alter sind Berufsgruppe und Bildungsgrad wichtige Einflussgrößen auf die Nähe einer Person zur SVP. Arbeitnehmer und Student weisen einen um ca. 20 Prozentpunkte niedrigeren Anteil «sicherer» SVP-Wähler (also solcher die eine entsprechende Wahlabsicht geäußert haben) auf als Landwirte und selbständig Berufstätige bzw. als Hausfrauen und Pensionisten.

Fast gleich groß ist der Unterschied zwischen Personen mit Abitur (47% sichere SVP-Wähler) und ohne Abitur (64%). Die Bindung der deutschsprachigen Bevölkerung an die SVP wird umso schwächer, je jünger und besser gebildet eine Person ist. Tendenziell macht sich damit auch in Südtirol das Phänomen der schwächer werdenden Parteiloyalitäten bemerkbar, sodass man sich in Richtung eines allmählichen, aber stetigen Erosionsprozesses bewegt.

7. Parteiorganisation und Machtverteilung innerhalb der SVP

Die SVP ist eine klassisch organisierte Massen- und Apparatspartei, deren Organisationsmuster im wesentlichen auf die 1964 durchgeführte Reform zurückgeht. Die Reform des Parteistatuts 2002 hält an der horizontalen und vertikalen Organisation der Partei fest. Die Ortsgruppe ist die kleinste selbständige Einheit. Falls keine Frau in den Ortsausschuss gewählt wird, wird die erste nicht gewählte kooptiert. Dem Ortsausschuss steht der Ortsobmann vor. Gemeinden mit mehreren Ortsgruppen können einen Koordinierungsausschuss bilden. Bei 106 Gemeinden bestanden 2002 insgesamt 296 Ortsgruppen.

Die SVP ist territorial in sieben Bezirke eingeteilt. Jedem Bezirk steht der Bezirksobmann vor. Die Landesversammlung ist das höchste Organ politischer Willensbildung in der Partei. Der Landesversammlung sind die Genehmigung des Programms, der Statuten, grundsätzliche politische Entscheidungen, Entlastung der Organe auf Landesebene, die Wahl des

Obmannes bzw. der Obfrau und der Stellvertreter/innen sowie die Auflösung der Partei vorbehalten.

Als operative Organisationseinheit gibt es den Parteiausschuss, der über alle auftretenden politischen Fragen beschließt. Er tritt mindestens alle drei Wochen zusammen. Dieser kann die Aufgaben an das Parteipräsidium delegieren, das einmal im Monat zusammentritt. Es besteht aus dem Obmann, seinem Stellvertreter, dem Landeshauptmann, dem Landessekretär und dem Sprecher der Bezirksobmänner.

Für die Ladiner gibt es eigene Bestimmungen. Ein Parteiobmannstellvertreter muß Ladiner sein.

Der Parteiobmann ist das ausführende Organ der Partei. Er leitet die Partei, sorgt dafür, dass das demokratische Kräftespiel zwischen den verschiedenen Strömungen sich frei entfalten kann, vertritt die Partei nach außen, veranlasst die Einberufung der zentralen Parteiorgane, führt deren Vorsitz, leitet die Tätigkeit und überwacht die Durchführung der Beschlüsse. Für seine gesamte Tätigkeit ist er den kollegialen Parteiorganen auf Landesebene verantwortlich.

TAB. 11. Parteiobmänner und Parteisekretäre seit 1945

| Parteiobmänner | Parteisekretäre |
|---------------------------------|----------------------------------|
| Erich Amonn (1945-1948) | Josef Raffener (1945-1947) |
| Josef Menz-Popp (1948-1951) | Otto von Guggenberg (1947-1952) |
| Toni Ebner (1951-1952) | Albuin Forer (1952/53) |
| Otto von Guggenberg (1952-1954) | Vinzenz Stötter (1953/54) |
| Karl Tinzl (1954-1956) | Ivo Perathoner (1954-1957) |
| Toni Ebner (1956-1957) | Hans Stanek (1957-1965) |
| Silvius Magnago (1957-1991) | Josef Atz (1965-1978) |
| Roland Riz (1991-1992) | Bruno Hosp (1978-1989) |
| Siegfried Brugger (1992-2004) | Hartmann Gallmetzer (1989-1997) |
| Elmar Pichler-Rolle (seit 2004) | Thomas Widmann (1997-2004) |
| | Alexander Mittermair (seit 2004) |

Quelle: Materialsammlung Maria Chiara Bonizzato (Trento 2002) und eigene Ergänzungen

Die SVP hat im Laufe ihrer Geschichte seit 1945 zehn Parteiobmänner gehabt. In der Zeit als Honoratiorenpartei von 1945 bis 1957 hatte sie 6 Obmänner mit einer durchschnittlichen Amtsperiode von zwei Jahren. Nach dem Elitenwechsel 1957 führte Silvius Magnago die Partei bis 1991, insgesamt 34 Jahre lang. Nach einem Übergangsobmann (Riz 1991-1992) stand Siegfried Brugger der Partei zwölf Jahre vor (1992-2004), ihm folgte der Bozner Vizebürgermeister Elmar Pichler Rolle.

Die SVP beschäftigt (Stand 2005) im Durchschnitt 25 fix angestellte Mitarbeiter, davon 3 im Pressebüro, das unter anderem die Monatszeitschrift «Zukunft in Südtirol» (ZiS) herausgibt.

Seit der Parteireform von 1964, die den Wechsel von einer Honorarpartei zu einer Massen- und Apparatspartei kennzeichnet²², waren die Mitgliederzahlen bis 1992 stetig im Steigen begriffen²³.

1964, im Jahr der Parteireform, hatte die SVP 35.000 Mitglieder, die 1989 auf über 80.000 anstiegen. Das bedeutet, dass sich innerhalb von 25 Jahren der Mitgliederstand mehr als verdoppelt hat²⁴. Während die Anzahl der Mitglieder 1991 81.000 betrug, sanken die eingeschriebenen Parteimitglieder zu Beginn der 90er Jahre, um sich ab 1996 zwischen 70.000 und 72.000 zu stabilisieren. 2005 zählte die SVP 60.000 Mitglieder. Die Mitgliedschaft kann ab dem 15. Lebensjahr erworben werden. Die Mitgliedschaft kostete 10,00 Euro.

Starke Einbrüche in der Mitgliederzahl hat die Parteijugend zu verzeichnen. Am Höchststand 1989 verzeichnete sie 17.546, 2001 nur mehr 8.084 Mitglieder (-54%).

TAB. 12. Entwicklung der Mitgliederzahlen 1996-2005

| Jahr | 1996 | 1998 | 2000 | 2002 | 2005 |
|------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | 72.000 | 71.000 | 69.000 | 72.000 | 60.000 |

Quelle: Mitteilung der SVP 2006

Auf Grund der hohen Mitgliederzahlen lag der Organisationsgrad der SVP (Verhältnis WählerInnen bei Landtagswahlen und Mitgliedern) lange zwischen 40% und 45%. 1993 lag dieser sogar bei 48,8%. 2003 fiel der Organisationsgrad auf 41,2%. Das bedeutet, dass fast jede/r zweite WählerIn Mitglied der SVP ist. Damit nimmt die SVP nicht nur in Südtirol, sondern auf europäischer Ebene eine absolute Spitzenposition ein.

TAB. 13. Organisationsgrad 1964-2003

| Jahr | 1964 | 1968 | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 | 2003 |
|------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | 26,3% | 32,0% | 38,5% | 39,5% | 43,5% | 43,4% | 48,8% | 41,5% | 41,2% |

Quelle: HOLZER 1991 und Angaben der SVP

²² HOLZER – SCHWEGLER 1998: 167.

²³ Die offiziellen Zahlen gelten seit jeher als etwas überhöht.

²⁴ HOLZER 1991: 116-118.

Mit dem 1957 erfolgten Führungswechsel und den damit verbundenen parteiinternen Spannungen war es notwendig geworden, die Parteistruktur zu straffen und auszubauen. Ein Grund mehr war deshalb dazugekommen, weil 1964 erstmals eine deutsche Oppositionspartei (Tiroler Heimatpartei) kandidierte und einen Abgeordneten in den Regionalrat entsandte. Erstmals war der politische Alleinvertretungsanspruch der SVP durchbrochen worden.

1964 erfolgte der Übergang von einer Honoratiorenpartei zu einer straff organisierten Massen- und Apparatspartei. Die Parteireform war in erster Linie eine Reaktion auf einen gesellschaftlichen Transformationsprozess, der sich in einem Umbruch der agrarischen Sozialstruktur äußerte und sich innerparteilich in einem Konflikt zwischen einem betont volkstumpolitischen und einem eher liberal-wirtschaftspolitischen Flügel ausdrückte. Mit der Parteireform sollte zum einen der soziale Wandel kanalisiert und das verlorene Terrain innerhalb der Volksguppe wieder wettgemacht werden²⁵.

Neben einer Zentralisierung der Organisation gelang es der SVP mit Erfolg, die seit jeher durch die Ideologie der Volkstumspolitik in ihrem Einflussbereich stehenden Organisationen und Institutionen nicht nur informell, sondern auch formell stärker an sich zu binden. Um zu verhindern, dass die Konzeption der Sammelpartei durch den gesellschaftlichen Modernisierungsprozess ausgehöhlt werde, begann die SVP, sämtliche Lebensbereiche zu kolonisieren. Zwar wurde den Richtungen innerhalb der SVP untersagt, selbständige Organisationen zu bilden, doch wurden die ersten Weichen für eine Ausdifferenzierung der Parteiorganisation gelegt. Schließlich wurde auch die ideologische Orientierung «nach christlichen Grundsätzen» ausdrücklich verankert.

Die organisatorisch-politische Abdeckung der einzelnen sozialen Segmente der Gesellschaft begann 1966 mit dem Aufbau der SVP-Frauenorganisation²⁶, gefolgt von der Parteijugend.

Diesem Ausbau der Partei nach den Merkmalen Geschlecht und Alter folgte die berufsständische Ausdifferenzierung. Als Reaktion auf die unerwarteten Erfolge der 1972 gegründeten Sozialdemokratischen Partei Südtirols erfolgte die Gründung der «Arbeitnehmer in der SVP». Die «deutsche» Gewerkschaft ASGB, gegründet 1964, und die SVP-Arbeitnehmer sollten die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen ethnisch kanalisieren und den linken Flügel der

²⁵ HOLZER 1991: 90-91.

²⁶ MAYR 1998.

Partei auf- und ausbauen, um eine Erosion in Richtung KPI und SPS zu verhindern. Dieses Anliegen gelang weitgehend, wobei sich die SVP-Arbeitnehmer weniger an sozialdemokratischen Modellen als vielmehr an den Arbeitnehmerorganisationen innerhalb der christlich-sozialen Parteien orientierten²⁷.

Der Versuch einer Harmonisierung von gegensätzlichen Interessen innerhalb der Partei und innerhalb der deutschsprachigen Gesellschaft gelang durch die Einrichtung von verschiedenen Konfliktregelungsmechanismen, wozu unter anderem die Errichtung eines Sozial- und Wirtschaftsausschusses (1965) und eines Landeswirtschafts- und Sozialbeirats (1972) zu nennen sind.

Mit der Reform der Parteiorganisation wurde auch wieder das Primat der Partei hergestellt. Das politische Satellitensystem wurde dadurch verankert, dass die institutionalisierte Vertretung organisierter Interessen in den Parteigremien zurückgedrängt wurde und die Verbände in das politische Vor- und Umfeld der Partei abgeschoben wurden²⁸. Dabei hat die SVP ein System entwickelt, das insbesondere die Wirtschafts- und Sozialverbände eng an sie bindet.

Mit der Parteireform von 1964 hat die SVP die institutionalisierte Vertretung der Verbände in der Partei durch beratende Organe ersetzt. Neben den parteiinternen Organisationen für die Frauen, die Jugend, Senioren, Umwelt, Schule, Kultur und Gemeindepolitik bestehen in der SVP für die «Stände» der Bauern, Arbeitnehmer und der gewerblichen Wirtschaft drei Landesausschüsse als beratende Organe. Die SVP ist in der Tradition christlich-sozialer Organisationen auch berufsständisch gegliedert.

Mit der parteiinternen organisatorischen Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Interessen ist es der SVP gelungen, sich den gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen anzupassen. Ziel der beratenden Organe ist es, den deutsch- und ladinischsprachigen Berufsständen eine parteiinterne politische Vertretung zu sichern und diesen eine Einflussnahme auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Partei und somit des Landes zu gewährleisten. Dies kommt dadurch zum Ausdruck, dass die jeweiligen Vorsitzenden dieser Landesausschüsse Sitz und Stimme in der Parteileitung und im Parteiausschuss haben²⁹.

Die Sozialausschüsse der Arbeitnehmer, der Wirtschaftsausschuss und der Landeswirtschaftsausschuss sind territorial auf Landes-, Bezirks- und

²⁷ DAPUNT 2000.

²⁸ HOLZER 1991: 152.

²⁹ Parteistatut 1996 (vgl. PIRAS 1998: 118).

Gemeindeebene organisiert und eine der wichtigsten Säulen zur Aufrechterhaltung der politischen Hegemonie der SVP. 1997 wurde in der SVP eine parteiinterne Sozialpartnerkommission eingerichtet, die vor allem aus Mitgliedern und Experten des Landwirtschaftsausschusses und des Landessozialausschusses besteht. Die Kommission soll in monatlichen Treffen einen gemeinsamen Nenner in der Sozial- und Wirtschaftspolitik der SVP finden und die für die Einheit der Sammelpartei bedrohlichen Meinungsverschiedenheiten und Richtungsstreite zwischen den sozialen und ökonomischen Kräften in der SVP durch sozialpartnerschaftliche Konsensfindung entschärfen³⁰. Über die Einrichtung einer monoethnischen Sozialpartnerschaft ist es der SVP jedenfalls weitgehend gelungen, den sozialen Frieden innerhalb der Volksgruppe zu erhalten³¹. Beigetragen hat allerdings auch die gute Wirtschaftslage und die damit verbundene Vollbeschäftigung.

Seit 1973 liegt der Anteil der Verbandskandidaten auf der SVP-Liste bei Landtagswahlen durchschnittlich bei 46%, ihre Vertretung im Landtag im Durchschnitt bei knapp 50%. Ähnliches gilt für die Landesregierung, in der die Verbandsvertreter unter den SVP-Landesräten ebenfalls gut präsent sind.

Neben den Wirtschafts- und Sozialverbänden sind auch die allermeisten anderen privaten Organisationen und Vereine ideologische Träger der Machtabsicherung. Grund dafür ist die in Südtirol bestehende ethnische Konnotation sozialen Handelns. All diese deutschen Vereine sind neben dieser ethnischen Konnotation durch eine starke personellen Querverbindungen zur SVP gekennzeichnet, die diesen Vereinen über die Verbindung zur Partei und zur Landesregierung die nötigen Subventionen garantieren und über die politisch-kulturellen Eliten eine starke soziale und politische Kontrolle ausüben.

8. Die SVP im Wandel

Untersuchungen der Politikfelder der SVP im römischen Parlament und im Südtiroler Landtag weisen nach, dass sich die SVP seit jeher nicht nur für rein ethnische Anliegen einsetzt und eingesetzt hat, sondern auch für regionale (im Sinne von Landesangelegenheiten), die allen Sprachgruppen, also

³⁰ PIRAS 1998: 125f.

³¹ PIRAS 1998: 131.

auch den Italiener in Südtirol, zugute kommen. Seit Abschluß des Südtirol-Pakets (1992) haben die von der SVP vorgebrachten ethnischen Anliegen im Vergleich zu den Landesangelegenheiten stark abgenommen³². In diesem Sinne kann die SVP vorerst einmal eindeutig als ethnoregionale Partei mit der Besonderheit eingestuft werden, dass sie zwei Sprachminderheiten vertritt, nämlich die deutsche und die ladinische.

In der Periode zwischen ihrer Gründung im Mai 1945 und bis zum Abschluß des Pariser Abkommens (1946) kann die SVP als irredentistische Partei bezeichnet werden, die mit der Forderung nach Selbstbestimmung den Anschluß an Österreich zu verwirklichen suchte. Mit Abschluß des Pariser Abkommens hat die SVP, wenn auch nicht formell, so doch de facto auf die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts verzichtet.

In einer langen Periode von 1947 bis 1992, also bis zur Verwirklichung des II. Autonomiestatuts und der Abgabe der Streitbeilegungserklärung vor der UNO kann die SVP als autonomistische Partei bezeichnet werden. Primäres Ziel der SVP war die Verwirklichung einer substantiellen Autonomie zum Schutz der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung Südtirols. Der Umstand, dass Minderheiten in der SVP auch immer wieder die Forderung nach Selbstbestimmung stellten und dass es in den 60er Jahren zu Terroranschlägen gekommen war, um einen Anschluß an Österreich zu erreichen, ändert nichts an der grundsätzlichen Haltung der SVP, die nach 1946 offiziell nie mehr den Weg der Autonomieverhandlungen verlassen hat.

Mit der endgültigen Verwirklichung des II. Autonomiestatuts hat sich die SVP von einer rein autonomistischen zu einer Partei entwickelt, die national-föderalistische³³ Tendenzen aufweist. Die Vorlage eines eigenen Gesetzesentwurfes³⁴ im Jahre 1996 zur Föderalisierung Italiens, obgleich die SVP trotz Angebote eine direkte Regierungsbeteiligung in Rom immer abgelehnt hat³⁵, sowie die aktive Teilnahme der SVP an der Umgestaltung Italiens in einen föderalisierten Staat seit Mitte der 90er Jahre³⁶ weist auf diese Entwicklung hin.

³² SLEITER 2000: 145.

³³ DE WINTER 1998: 205.

³⁴ ZELLER – BRUGGER 1996.

³⁵ Eine offizielle Regierungsbeteiligung würde laut SVP bedeuten, die staatsrechtlichen Vorbehalte gegenüber Italien zu beseitigen.

³⁶ Ein SVP-Vertreter war Mitglied der italienischen Bicamerale (1997) zur Reform der staatlichen Institutionen.

Die SVP wendet fast ausschließlich traditionell-konventionelle Artikulations- und Aktionsformen an; ihre organisatorische Institutionalisierung ist hoch.

Seit den letzten zehn Jahren hat die SVP parallel zu den alten Artikulationsformen neue Formen des politischen Managements und politischen Marketings eingeführt. Damit hängt auch die starke Personalisierung der SVP-Politik zusammen, die sich im unumstrittenen Leader des Landeshauptmanns, nicht des Parteiobermanns fokussiert. Die SVP entwickelt sich langsam, ohne die alte Kultur über Bord zu werfen, von einer klassischen Volkspartei zu einer professionalisierten Wählerpartei, oder verbindet zumindest beide Elemente.

Obgleich sich die SVP als Sammelpartei der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler bezeichnet, haben schon immer, wenn auch in geringer Anzahl, Italiener die SVP gewählt³⁷. Mit dem Zusammenbruch des gesamtstaatlichen Parteiensystems zu Beginn der 90er hat sich die politische Situation der Italiener in Südtirol grundlegend geändert. Die Krise der Parteien auf gesamtstaatlicher Ebene, die wirtschaftliche Krise mit einer hohen Arbeitslosigkeit insbesondere im Süden, die Krise der politischen Klasse und die Krise der Identität Italiens führten dazu, dass viele italienischsprachige Südtiroler für Stabilität und Ordnung, wirtschaftliche Prosperität und gesicherte Arbeitsplätze stimmten, alles Ziele, die in Südtirol in erster Linie von der SVP verkörpert werden.

In einer Umfrage vor den Landtagswahlen 1998 hatten 7% der Italiener Südtirols, das wären 2,7% der SVP-Stimmen, erklärt, wahrscheinlich die SVP zu wählen. Insgesamt 71,8% aller Befragten sahen in der italienischen Wahlwerbung der SVP ein positives Signal, unter den Italienern waren es 55,8%, unter den deutschsprachigen Südtirolern 79,3%. Unter den SVP-nahen Wählern kletterte dieser Prozentsatz sogar auf 80,1%. Weiters erklärten sich 62,3% der italienischsprachigen Wählern mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden (Deutsche 78,2%, Ladinier 68,1%). 59,7% der Italiener sahen in der Autonomie Vorteile für alle Sprachgruppen (Deutsche: 83,2%, Ladinier: 68,3%)³⁸. Laut einer Gallup-Umfrage hätten bei den Landtagswahlen von 1998 7.000 italienischsprachige Südtiroler die SVP

³⁷ PALLAVER 2001a: 345ff.

³⁸ MAYR 1998: 14-19.

gewählt, das entspricht fast einem Mandat³⁹. Bei den Landtagswahlen von 2003 dürfte dieser Prozentsatz etwas niedriger ausgefallen sein⁴⁰.

Nachdem Teile der SVP mit dem Argument gegen diese Öffnung opponiert hatten, dadurch würde die ethnische Partei zu einer normalen Regionalpartei umfunktioniert⁴¹, wurde die Italiener-Debatte beendet. Geblieben ist die seit jeher bestehende Möglichkeit für Italiener, Mitglied der SVP zu werden, sofern sie Statut und Programm der Partei akzeptieren. Über Kandidaturen von Italienern auf Gemeindeebene sollten die jeweiligen Ortsausschüsse der SVP entscheiden.

Die endgültige Debatte über die Rolle der Italiener in der SVP ist nur vertagt worden. Es sind Verbote, dass sich die SVP langsam von einer rein ethnischen zu einer mehr regionalen Partei entwickelt.

Die SVP bildet in Südtirol den Mittelpunkt der politischen Macht. Sie ist im Landtag mit 21 von 35 Landtagsabgeordneten vertreten, dominiert die Südtiroler Landesregierung, in der sie den Landeshauptmann und von den insgesamt zehn Landesräten sieben stellt. Sie stellt auch alle von ihr direkt oder indirekt entsandten Südtiroler Abgeordneten und Senatoren zum römischen Parlament und ist im EU-Parlament vertreten. 106 von insgesamt 116 Bürgermeistern sind SVP-Mitglieder. Alle wichtigen Funktionen in zentralen Institutionen des öffentlichen und privaten Sektors werden von der SVP kontrolliert. Und indirekt kontrolliert sie auch alle relevanten Medien. Die SVP übt im Sinne Gramscis eine politische und kulturelle Hegemonie aus.

Ihr ist es im Laufe der Jahre gelungen, sowohl kollektive als auch selektive Anreize zu schaffen⁴². Die kollektiven Anreize bilden nach wie vor das politische Substrat, auf dem die SVP ihre Erfolge aufbaut. Die ethnische Schicksalsgemeinschaft schafft Identität, die die SVP seit jeher so vermittelt, als sei sie die einzige Garantin dafür. Die Entwicklung Südtirols hin zu einem «Staat im Staat» und die stattliche finanzielle Bedeckung ihrer autonomen Befugnisse haben dazu geführt, daß die selektiven Anreize – materielle Ressourcen, Macht, Karriere, Status – die ethnische Komponente teils ergänzt, teils überlagert haben.

³⁹ «SVP: 7.000 italienische Stimmen». *Dolomiten*. Bozen, 26. November 1998: 9.

⁴⁰ ATZ 2004.

⁴¹ «Dann können wir die SVP auflösen». *Dolomiten*. Bozen, 9. Juli 1999: 13.

⁴² PANEBIANCO 1982: 57-77.

Die Landesregierung, von der SVP dominiert, präsentiert sich als effiziente und großzügige finanzielle Verteilungsagentur und schafft dadurch Gefolgschaft und Loyalitäten und kann durch eine gezielte Steuerung volkstumspolitische oder wirtschaftliche Weichen stellen, hat aber auch ein klientelares Beziehungsgeflecht entstehen lassen⁴³. Trotz dieser scheinbar unverrückbaren Machtpositionen hat die endgültige Streitbeilegung zum Südtirolproblem eine Reihe neuer Fragen aufgeworfen, denen sich die SVP stellen muß.

In erster Linie geht es dabei um den Umbau des politischen Systems, das dem (ethnischen) Konkordanzmodell entspricht und das erfolgreich zu einem «negativen Frieden» unter den Sprachgruppen geführt hat. Dieser drückt sich in einem friedlichen und gewaltfreien Nebeneinander der drei Subgesellschaften aus, von Deutschen, Italienern und Ladinern. Dieser rein «negative Frieden», der auf der ethnischen Trennung der Sprachgruppen und der Zusammenarbeit der Eliten aufbaut, wird heute von einem zunehmenden Teil der Zivilgesellschaft in Frage gestellt. Insbesondere wird die institutionelle ethnische Trennung immer massiver kritisiert. Der weitere Erfolg der SVP wird vor allem davon abhängen, ob sie nach dem erfolgreichen «externen» Kampf gegen den römischen Staat und für die eigene Autonomie nun die «interne» Herausforderung meistern wird.

⁴³ FRASNELLI 2000: 251ff.